

Streitplatz

Hans-Ulrich Klose

Wo stehen wir? Was wollen wir?

Zur Debatte um deutsche Eliten und Außenpolitik

Ob reif oder nicht - das wiedervereinigte Deutschland ist ein außenpolitischer Akteur ersten Ranges, auch wenn nicht alle deutschen außenpolitischen Akteure das so sehen oder akzeptieren und lieber leben wollen wie in einer etwas größeren Schweiz. Die Welt, nicht nur die europäische Welt, sieht es so. Sie beobachtet uns je nach eigener Lage erwartungsvoll oder unruhig, aber immer mit hohem Interesse. Die uns wohlwollen, unsere Partner, verlassen sich auf uns und erwarten, daß wir - ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges - endlich anfangen, uns normal zu verhalten; bereit, auf internationaler Ebene Verantwortung zu übernehmen, vor allem im Bereich der Sicherheitspolitik, der Wirtschaftspolitik, in der Umwelt- und Entwicklungspolitik. Daß wir dabei immer auch eigene Interessen definieren und verfolgen, wie andere Länder auch, wird nicht kritisiert, sondern für selbstverständlich genommen.

Wie andere Länder? Ein gewichtiger Unterschied zu anderen Ländern bleibt: Wir sollen uns normal verhalten, obwohl wir weit davon entfernt sind, als normales Land angesehen zu werden. Unsere unselige Geschichte läßt uns nicht los; und wer immer bei uns darauf hofft, es könne so etwas wie einen moralischen Schlußstrich geben, irrt sich. Die anderen werden uns immer wieder daran erinnern, daß wir der Welt etwas schulden. Rechnungen - politische und finanzielle - werden uns auch in Zukunft immer wieder präsentiert werden. Die Vergangenheit bleibt für uns auch künftig gegenwärtig.

Überraschen kann uns das eigentlich nicht. Überraschend war eher, daß das geschlagene und geteilte Deutschland in so kurzer Zeit nach dem Krieg vom Feind zum Partner wurde; ein jedes in seinem Bereich, die Westdeutschen auf der glücklicheren Seite. Nicht, weil man ganz plötzlich alles vergessen hätte, was geschehen war, oder weil man uns wegen unserer Tüchtigkeit bewunderte oder gar liebte. Geliebt wurden wir weder im Osten noch im Westen, aber man brauchte uns. Vor allem die Westdeutschen wurden gebraucht, um Westeuropa gegen Stalins Sowjetunion zu verteidigen. Also wurden wir zu Partnern und blieben Partner bis zum heutigen Tage. Aber heute werden wir Deutschen nicht mehr so dringend gebraucht wie zu

Zeiten des Kalten Krieges. Vor allem für die Vereinigten Staaten von Amerika, die die einzige verbliebene Supermacht sind und bleiben wollen, sind wir heute nicht nur Partner, sondern auch wirtschaftlicher Konkurrent; nicht allein, aber jedenfalls führend im Verbund der Europäischen Union.

Mit nur wenig Übertreibung könnte man sagen, daß deutsche Außenpolitik nach dem Ende des Kalten Krieges und nach der Wiedervereinigung komplexer geworden ist. Die globale Lage hat sich dramatisch verändert. Die amerikanische Konzentration auf Europa schwächt sich ab, die europäische auf Amerika auch.

Um so wichtiger ist es, daß wir Deutschen uns unseres Standortes versichern. Wo stehen wir? Wohin gehören wir? Was wollen wir? Über diese Fragen wird bei uns erstaunlich wenig diskutiert. Dies aber nicht, weil wir unseres Standortes unsicher, also unberechenbar wären. Ganz im Gegenteil: Es zeichnet die außenpolitischen Akteure des wiedervereinigten Deutschlands aus, daß sie trotz manchen Streits über Einzelfragen doch einig waren und auch zehn Jahre nach der Einheit einig sind, wenn es um die Grundentscheidungen der deutschen Außenpolitik geht.

Was für Grundentscheidungen sind das? Bis zur Einheit waren es drei; danach sind es meines Erachtens fünf:

1. Deutschland hat mit der Adenauerschen Westpolitik ganz klargemacht, daß wir uns als Teil des Westens, genauer als Teil Westeuropas sehen, d.h. nicht als Osteuropa und auch nicht Mitteleuropa, sondern ein für allemal als Westeuropa. Das bedeutet auch einen Schlußstrich unter die Schaukelpolitik des schwierigen Balanceaktes zwischen Ost und West.
2. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich, unter Souveränitätsverzicht, in internationale, atlantische und europäische Systeme der Kooperation und der Sicherheit eingebracht. An dieser bündnispolitischen Verortung und an der partnerschaftlichen Ausrichtung unserer Politik halten wir auch in geänderter Zeit und neuer Lage fest.
3. (West-)Deutschland hat in Zeiten des Kalten Krieges nach langen Jahren einer konfrontativen Politik mit einer neuen Ost- und bündnispolitisch abgestimmten Entspannungspolitik den erfolgreichen Versuch unternommen, eine geordnete Form der Zusammenarbeit auch mit den östlichen Nachbarn/Gegnern zu entwickeln. Das führte nicht nur zur Mitgliedschaft beider deutscher Staaten in der UNO; es sicherte auch den Erfolg des sogenannten Helsinki-Prozesses, der - ursprünglich von Moskau erdacht - nicht mit der Anerkennung der europäischen Teilung endete, sondern mit Aufhebung eben dieser sowie der deutschen Teilung und mit dem Zerfall des östlichen Imperiums. Das wiedervereinigte Deutschland ist heute angesehenes Mitglied in der UNO und wichtiger Akteur in der OSZE, der Nachfolgeorganisation der KSZE. Die Mitarbeit in beiden internationalen Organisationen ist ganz selbstverständlich akzeptierter Bestandteil deutscher Außenpolitik. Allerdings ist diese unsicher bei der Frage, ob Deutschland den Status eines ständigen Mitglieds im UN-Sicherheitsrat anstreben oder sich eher abwartend zu dieser Frage verhalten sollte.

4. Das wiedervereinigte Deutschland hat im Rahmen der UNO und des westlichen Bündnisses internationale (Mit-)Verantwortung übernommen und im Falle des Kosovo-Konflikts erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg wieder an einem militärischen Einsatz teilgenommen. Für den Erfolg dieser militärischen Operation und für das andauernde Management zur Konfliktüberwindung war und ist eine deutsche Beteiligung unverzichtbar.
5. Die Bundesrepublik Deutschland akzeptiert die historische Verpflichtung der EU, bei der Überwindung der europäischen Teilung nach besten Kräften mitzuwirken. Sie will die Erweiterung der Europäischen Union sowie der NATO und ist bereit, die dafür aufzuwendenden Kosten anteilig zu tragen.

Es ist wichtig und richtig, sich dieser Grundentscheidungen der deutschen Außenpolitik zu versichern, um klarzumachen, wohin wir gehören und was wir anstreben - vor allem die Weiterentwicklung der EU - und was nicht - eine imperiale Rolle zum Beispiel. Und es ist gut zu wissen, daß sich in diesen Grundentscheidungen die deutsche Politik quer durch die Fraktionen des Deutschen Bundestages (von der PDS abgesehen) einig ist. Es gibt ihn wirklich: den außen- und sicherheitspolitischen Grundkonsens. Es gab ihn nicht von Anfang an. Die SPD hat die Adenauersche Westpolitik erst verspätet als richtig anerkannt und unterstützt. Die CDU/CSU hat ihrerseits lange gebraucht, um die Ost- und Entspannungspolitik, für die die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten standen, zu verstehen und zu akzeptieren. Aber es gab die Annäherung und den nachfolgenden Konsens, am Ende auch in der anfänglich so umstrittenen Frage, ob deutsche Soldaten sich an militärischen Operationen *out of area* beteiligen sollten oder nicht. Die Zustimmung zu dem Einsatz der Bundeswehr im Kosovo war mit 90% der Abgeordneten des Deutschen Bundestages nahezu einmütig. Nur die PDS war geschlossen dagegen.

Sind wir also reif für die Weltpolitik? Ja, wenn wir realistisch bleiben und uns auf politische Ziele konzentrieren, die im Rahmen unserer Möglichkeiten - wenn man so will, in unserer Reichweite - liegen: geographisch, in und rund um Europa, und politisch, weil unsere und die Interessen unserer Partner berührend. Wo das nicht der Fall ist, sollten wir uns verbal und gegenständlich zurückhalten. Zum einen, weil wir auch in Zukunft immer wieder Zeugen von Konflikten sein werden, bei denen wir mangels Macht und Einfluß nichts tun können; zum anderen, weil der „Rest der Welt“ ganz sicher nicht darauf wartet, daß ausgerechnet wir Deutschen uns überall einmischen.

Eine weltpolitische Rolle der Deutschen, zurückhaltend und kooperativ - das kann man sich gut vorstellen, aber eine weltpolitische Rolle mit geballter Faust oder mit pädagogisch erhobenen Zeigefinger besser nicht!